

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	26
		TOP:	5
	Verhandlung	Drucksache:	130/2019
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	18.03.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Kappallo / fr		
Betreff:	Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Stuttgart - Jahresbericht 2018		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 28.02.2019, GRDRs 130/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die Zielsetzung der Vorlage ist es, so BMin Fezer, umfassend über die Entwicklung der Kindertagesbetreuung zu informieren. Im Kleinkindbereich seien seit 2008 durchschnittlich 450 Plätze jährlich von den städtischen und den freien Trägern geschaffen worden. Damit liege der statistische Versorgungsgrad zum Stand 01.03.2018 bei rd. 45 %. Aufgrund des hohen Anstiegs der Kinderzahlen in den letzten drei Jahren sei der Versorgungsgrad trotz ständigem Platzzuwachs nicht mehr so stark gestiegen. Intensive Anstrengungen seien vonnöten, um den angestrebten Versorgungsgrad von etwa 60 % zu erreichen. Die Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen in der Größenordnung von rd. 1.700 Kleinkindplätzen werde - ausgehend vom bisherigen durchschnittlichen Platzgewinn - mindestens noch vier Jahre oder mehr in Anspruch nehmen. Ob sich die jährlichen Platzschaffungen so halten lassen wie bisher sei fraglich. Darüber hinaus spiele der Personalmangel eine entscheidende Rolle beim Kita-Ausbau. Der statistische Versorgungsgrad bei den 3- bis 6-Jährigen zeige mit aktuell 107 % und unter Berücksichtigung der weiteren Platzschaffungen und steigender Kinderzahlen ein positives Bild. Doch auch hier gebe es in Einzelfällen die Situation, dass Plätze nicht in unmittelbarer Nähe des Wohnorts oder des Arbeitsplatzes angeboten werden können. Zudem müsse der Ausbau der Ganztagesplätze vorangebracht werden, ergänzt die Vorsitzende.

StRin Ripsam (CDU) bemerkt, für die Kinder zwischen 0 und 3 Jahren haben sich die Betreuungsplätze annähernd verdoppelt. Diese Anstrengungen, die vor dem Hintergrund des Personalmangels geleistet worden sind, seien anerkennungswert. Allerdings stehen nach wie vor 3.122 Kinder auf der Warteliste, wobei durch umwandelnde Maßnahmen versucht werde, weitere Betreuungsplätze zu schaffen. Die Anzahl von 97 unversorgten Flüchtlingskindern, die auf einen Kita-Platz warten, sieht diese Stadträtin vor dem Hintergrund des Erlernens der deutschen Sprache als problematisch an. Eventuell gebe es die Möglichkeit, in Absprache mit dem KVJS eine erhöhte Anzahl von Kindern in den Kitas aufzunehmen. Bezogen auf eine weitere Aufnahme von Flüchtlingskindern erinnert StR Lazaridis (90/GRÜNE) an den Widerstand der Träger, die eine Umsetzung ablehnten. Er plädiert dazu, bestehende Spielräume zu nutzen. Hierzu unterrichtet BMin Fezer, im Städtetag Baden-Württemberg werde derzeit ein Eckpunktepapier für eine befristete Übergangsregelung für einen gelingenden Ausbau der Kindertagesbetreuung diskutiert. Zur Entwicklung des Träger-Proporz stellt StRin Ripsam eine Zunahme kleinerer Träger fest, die ihr Platzangebot in dem betrachteten Zeitraum verdoppelt hätten. Der Fehlbedarf an über 100 Kleinkindplätzen in den Bezirken Möhringen, Sillenbuch, Vaihingen und Degerloch beunruhigt diese Stadträtin. Bezogen auf das Fazit auf Seite 18 des Berichts, eine Abkehr des bisher verfolgten Ziels, dass die Kinder bis zum Schuleintritt in derselben Einrichtung verbleiben können, erschauert StRin Ripsam. Diese Situation dürfte ihrer Ansicht nach ausschließlich in einer absoluten Notsituation erwogen werden. Diese Ansicht teilt StRin von Stein (FW). Die Behebung des Fachkräftemangels sieht StRin Ripsam wie die Verwaltung als oberste Priorität an. Wie bereits seine Vorrednerin bedankt sich StR Lazaridis für den aussagekräftigen Bericht und bemerkt zum zentralen Wartelistenabgleich, dass unter Berücksichtigung aller beschlossenen Maßnahmen noch ca. 2.500 Plätze fehlen. Zu den unversorgten Kindern mit Fluchterfahrung, die Angebote in Form von Spielstuben wahrnehmen, erkundigt sich dieser Stadtrat nach dem pädagogischen Konzept dieser Einrichtungen. StRin Vowinkel (SPD) interessieren Überlegungen seitens der Verwaltung, wie diese Kinder in den benannten Stadtbezirken zu einem reduzierten Angebot kommen könnten. Herr Schulze-Gronemeyer erwägt, dieses Thema erneut aufzugreifen, um kurzfristig Lösungen für die betroffenen Kinder zu suchen.

Zum Versorgungsgrad der Schulkindbetreuung insgesamt stellt StR Lazaridis ca. 45,8 % fest. Hierbei erkundigt er sich nach dem angestrebten Versorgungsgrad und bemerkt, er gehe von einer entsprechenden Vorlage zu den Haushaltsberatungen aus. Hierzu bemerkt die Vorsitzende, man warte gespannt auf Rahmenbedingungen vom Land. Die künftige Förderung sowie die inhaltlichen Rahmenbedingungen seien bisher nicht bekannt. Abschließend erwähnt StR Lazaridis, es sei für ihn fraglich, ob die bisher durchschnittlich 450 jährlich geschaffenen Plätze in den nächsten Jahren ebenfalls erreicht werden. Diese Annahme sieht StRin Vowinkel ebenfalls als kritisch an. StR Lazaridis weist dabei auf die Problematik des mangelnden Raumangebots neben dem Fachkräftemangel hin und betont, kleinere Träger sollten befähigt werden, ebenfalls die praxisintegrierte Ausbildung (PiA) anzubieten.

Bei der Entwicklung der Kindertagesbetreuung sollte auch die frühkindliche Bildung nicht zu kurz kommen, fügen StRin Vowinkel und StR Lazaridis hinzu. Im weiteren Verlauf teilt StRin Vowinkel mit, sie vermisse innerhalb des Berichts vorgenommene Angebotsreduzierungen, neben Leerständen von Kita-Gebäuden sowie Gruppenschließungen, die stattgefunden hätten. Sie bittet die Fachverwaltung um eine zukünftige Aufnahme der Zahlen - stadtteilbezogen - in der Fortschreibung des Berichts. Zum Stadtteil Stammheim macht StRin Vowinkel darauf aufmerksam, durch das Neubaugebiet Lan-

genäcker-Wiesert werde sich die bisherige Überversorgung an Kitaplätzen nicht halten lassen. Diese und ähnliche Entwicklungen, bspw. auf Sanierungen bezogen, seien innerhalb des Berichts nicht benannt worden. Die Kinder, die im Besitz von einer Bonuscard seien, sowie Kinder, die eine Sprachförderung erhielten, sollten ebenfalls innerhalb des Berichts benannt werden, meint Herr Schulze-Gronemeyer.

Positiv nennt StRin von Stein die steigenden Kinderzahlen neben einer guten Konjunktur in Stuttgart. Diese habe Auswirkungen auf die Familienplanung, was sich letztendlich in Kita-Ausbau niederschlage. Die evangelischen Träger, so Herr Schulze-Gronemeyer, hätten viele 2-gruppige VÖ-Einrichtungen mit 50 Plätzen in 4-gruppige GT-Einrichtungen mit insgesamt 60 Plätzen umgebaut, die mit Personal- und Investitionskosten einhergegangen seien. Herr Schulze-Gronemeyer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass mit dem zunehmenden Ausbau das Delta zwischen den Kosten und den städtischen Zuschüssen durch Eigenmittel geschlossen werden müsse. Der Eigenanteil steige zunehmend, betont Herr Schulze-Gronemeyer mit Blick auf den Doppelhaushalt. Zum Rechtsanspruch bemerkt er, das Ziel könne nicht ausschließlich mit der Schaffung von neuen Gruppen erreicht werden. Eventuell müssten in bestehenden Gruppen zusätzliche Plätze angeboten werden, damit der Rechtsanspruch erfüllt werden könne. Zu dieser Vorgehensweise erkundigt sich Herr Schulze-Gronemeyer nach möglicher Unterstützung der Einrichtungen. Herr Wohlfahrt bemängelt, dass Zuzüge innerhalb der Versorgungsquote nicht in der Statistik mit eingerechnet werden. In bevölkerungsreichen Stadtteilen sollte ein bedarfsgerechtes Angebot mit einer großen Anzahl von Ganztagsplätzen angeboten werden, betont Herr Wohlfahrt mit Nachdruck. Inwieweit das Vorgehen praktikabel sei, wenn Eltern einen Ganztagsplatz wollten, diesen auch erhielten, sei am 13.03.2019 im Sozialausschuss des Städtetags Baden-Württemberg kontrovers diskutiert worden, unterrichtet Frau Dr. Heynen (JugA). Der Städtetag habe sich entschlossen, einem Vorschlag zuzustimmen, dass es die Möglichkeit von Überbelegungen von Gruppen bis zu maximal 2 Kindern unter Einsatz einer weiteren geeigneten Kraft (Nicht-Fachkraft) geben könne. In Stuttgart sei diese Herangehensweise wenig praktikabel, da man nicht wisse, woher die zusätzlichen Kräfte kommen sollen, wie diese gefördert werden und wie diese qualifiziert seien. Es handle sich um eine auf zwei Jahre befristete Strategie, informiert Frau Dr. Heynen. Nach ihrer Einschätzung werde die Strategie über die beiden Jahre hinaus beschlossen. Sie teile die Sicht von Herrn Schulze-Gronemeyer, dass es bei der Kinderbetreuung Veränderungen geben müsse. Die Vorsitzende kündigt an, das Thema "Vergrößerung der Gruppen - zusätzliche Platzzahlen" erneut aufzugreifen. Gerade im Hinblick auf den Personalmangel müsse man sich über attraktive Arbeitsverhältnisse Gedanken machen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 130/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (27)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
Stadtkämmerei (2)
 5. Referat SOS
Statistisches Amt (2)
 6. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 7. Bezä Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö, Mühl, Mün,
Ob, P-B, Si, Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 8. Rechnungsprüfungsamt
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR